

Viel Wirbel um Windräder

Verein Fröhner Wald attackiert Heusweiler Bürgermeister Redelberger und Gemeinderatsmitglied Hill

Der Verein Fröhner Wald – für Mensch und Natur wirft Thomas Redelberger und Hans-Kurt Hill vor, im Kooperationsrat des Regionalverbandes die Position des Heusweiler Gemeinderates zum Thema Windkraft nicht ernsthaft vertreten zu haben.

Von SZ-Redakteur Michael Emmerich

Heusweiler. Oliver Luksic ist sauer. Sauer auf Gemeinderatsmitglied Hans-Kurt Hill (Die Linke) und den Heusweiler Bürgermeister Thomas Redelberger (CDU). FDP-Mann Luksic zum Anlass: „Der Antrag des Gemeinderates für ein neues Gutachten zu Gesundheitsauswirkungen der Windkraft wurde, wie von der FDP im Rat vorhergesagt, im Kooperationsrat stillschweigend abgeschmettert.“ Und Gemeinderatsmitglied Luksic, auch Vorsitzender der saarländischen FDP, legt nach: „Wer seinen eigenen Antrag nicht ernst nimmt, muss sich nicht wundern, wenn der Kooperationsrat dies auch nicht tut. Gegen einen Discounter in Göttelborn wird groß das Wort geführt und ein Rechtsgutachten eingeholt. Wenn es um Windkraft geht, wird der Antrag des Gemeinderates nicht mal mit einem Satz begründet und dann stillschweigend beerdigt. Man kann also nur zu dem Ergebnis kommen, dass die Bürger hinter Licht geführt werden.“

„Affront gegen Holzer Bürger“

Der Verein Fröhner Wald – für Mensch und Natur stimmt in die Kritik ein. Vereinsmitglieder verfolgten die besagte Sitzung des Kooperationsrates des Regionalverbandes Saarbrücken am 27. März. Zuvor hatte der Heusweiler Gemeinderat einen Beschluss gefasst, den Redelberger und Hill als Vertreter Heusweilers im Kooperationsrat vertreten sollten (siehe Bericht rechts). Der Verein Fröh-

ner Wald betont, der Regionalverband Saarbrücken habe dieses ihm im Vorfeld der Kooperationsratssitzung zugetragene Begehren des Gemeinderates Heusweiler, nämlich dem Gesundheitsschutz des Menschen absoluten Vorrang vor allen Windkraftplanungen zu geben, an das Gesundheitsministerium weitergeleitet. Für den Verein Fröhner Wald – für Mensch und Natur schreibt Vorstandsmitglied Horst Siegwart in einem offenen Brief an Redelberger: „Was wir... daraufhin am 27. März erleben mussten, hat uns in unserem Grundverständnis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zutiefst erschüttert. Der Beschluss des Gemeinderates Heusweilers



Thomas Redelberger



Hans-Kurt Hill

wurde in einer unwürdigen Art und Weise niedergebügelt.“ Gesundheitsministerin Bachmann habe für sich befunden, dass sie für die Gesundheit der Menschen nicht zuständig sei und den Sachverhalt an das Umweltministerium weitergeleitet. Dieses wiederum an das

Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA), welches sich in seiner Antwort „genau auf die Normen und Regeln berief, die laut Gemeinderatsabschluss kritisch zu hinterfragen waren“. Das LUA habe sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, ein individuelles und aktuelles Anschreiben zu verfassen, „sondern übersendete dem Regionalverband lapidar in Kopie eine alte Antwort auf eine Anfrage eines Holzer Bürger vom Februar 2014 zum Thema Schall und Infraschall“. Die „schallende Ohrfeige“ hätte Redelberger und Hill mit „Gleichgültigkeit und Reaktionslosigkeit“ hingenommen, kritisiert Siegwart. Sie seien ihrer Aufgabe, im Kooperationsrat die Position des Heusweiler Gemeinderates zu vertreten nicht nachgekommen. Dieses Verhalten stelle einen Affront gegen die Holzer Bürger und gegen den Gemeinderat Heusweiler dar, fügt Siegwart hinzu.

Hill wollte sich gestern auf SZ-Anfrage nicht zu den Vorwürfen äußern: „Wenn es dazu was zu sagen gibt, gehört das dem Gemeinderat.“ Redelberger war bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Auszüge aus dem Beschluss des Heusweiler Gemeinderates

Heusweiler. Auszüge aus dem Beschluss des Gemeinderates Heusweiler vom 26. Februar: „CDU-Fraktion und SPD-Fraktion sehen daher mit großer Sorge die vorgebrachten Bedenken der Heusweiler Bürgerinnen und Bürger (...). Bis heute ist das Ausmaß der Gesundheitsgefährdung der im näheren Umfeld von Windenergieanlagen wohnenden Menschen nicht geklärt. Der Regionalverband Saarbrücken als planende Behörde wird daher aufgefordert, eine auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauende Untersuchung (...) vornehmen zu lassen (...). Bis zum Vorliegen dieser wissenschaftlich bestätigten

Unbedenklichkeit sind die Planung sowie der Bau von Windkraftanlagen in den betroffenen Gebieten einzustellen (...). Nach durchgeführter Prüfung ist je nach Ergebnis eine Altstandflächenkorrektur (...) vorzunehmen, um eine Gesundheitsgefährdung auszuschließen. Herr Bürgermeister Redelberger und Herr Hill sollen die im Kooperationsrat beantragten.“ Die Landesregierung wird aufgefordert, „eine saarlandweit einheitliche Festsetzung der Abstandflächen vorzugeben, welche sich ausschließlich an der Gesundheitsgefährdung durch Windkraftanlagen gegenüber den betroffenen Menschen ausrichtet.“